

Niederschrift

über die **3.** Sitzung des **Rates der Stadt** am Dienstag, **16. März 2010, 16.00 Uhr**, im **Saal des Bürgerhauses**, Schloßmacherstraße

Anwesend:

Dr. Josef Korsten

Bürgermeister
bis 19.55 Uhr,
einschl. TOP 7

Ingrid Bartholomäus
Christof Bleichert
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
K.-H. Fischer
Detlef Graß
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
K.-D. Lunderstädt
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Werner Nowara
Annette Pizzato
S. Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Reiner Röhlig
Tobias Ronsdorf
Bernd Rüggeberg
Rolf Schäfer
Christof Schlüter
Sebastian Schlüter
Axel Schröder
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Michael Tissarek
Gerd Uellenberg
Fritz Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach
Alexander Vogt
Gudrun Weber
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

ab 16.05 Uhr, ab TOP 2

Von der Verwaltung:

Ute Butz
Julia Gottlieb

Reiner Meskendahl
Frank Nipken
Rolf Voß
Christoph Grimlowski Schriftführer

Tagesordnung (geändert)

(Öffentlicher Teil):

1. Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt vom 15.12.2009 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Rechtsextremismus in Radevormwald
Antrag von Herrn Fritz Ullmann vom 04.12.2009
- 4 a) Errichtung eines Abwassereigenbetriebes
Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2010
5. Neustrukturierung der Grundschulstandorte
6. Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)
7. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013
8. Bebauungsgebiet Nr. 96 - Loh'sche Weide
hier: erneuter Satzungsbeschluss
9. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gem. § 22 GemHVO
10. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien
11. Über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
12. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil):

15. Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt vom 15.12.2009 (nichtöffentlicher Teil)
16. Zukünftige Gesellschaftsstruktur der Stadtwerke GmbH

17. Vergaben:
- Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF 10-6

18. Mitteilungen und Fragen

- - -

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird einvernehmlich festgelegt, den nachträglich eingegangenen Antrag der AL-Fraktion unter TOP 4 a) zu behandeln und die ursprünglich als TOP 9 und 10 vorgesehenen Tagesordnungspunkte zu streichen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend in der Nummerierung.

(Öffentlicher Teil:)

1. Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt vom 15.12.2009 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

Herr Dr. Korsten übermittelt die Weihnachts- und Neujahrsgrüße aus den Partnerstädten Châteaubriant und Nowy Targ an den Rat der Stadt.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor

Aufgrund einer Verspätung von Herrn Ullmann wird der TOP 4 a) vorgezogen.

4 a) Errichtung eines Abwassereigenbetriebes Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2010

Herr Ebbinghaus begründet den Antrag. Er verweist darauf, dass ein entsprechender Antrag bereits vor 10 Jahren gestellt worden sei und bis heute auf seine Entscheidung warte; er führt aus, dass bei der derzeitigen Verfahrensweise der Bürger durch Errichtung, Abschreibung und Sanierungsmassnahmen an den Abwasseranlagen mehrfach Kosten zu tragen habe. Herr Ebbinghaus erwartet zukünftig nicht mehr bezahlbare Kostensteigerungen.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters wird über folgenden Antrag abgestimmt:
Der Rat der Stadt verweist den Antrag der AL-Fraktion auf Errichtung eines Abwassereigenbetriebes zur weiteren Beratung in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Rechtsextremismus in Radevormwald Antrag von Herrn Fritz Ullmann vom 04.12.2009

Herr Ullmann erläutert den Antrag; er führt aus, dass nach seiner Meinung in Radevormwald ein Bevölkerungsanteil von 4 – 5 % rechtsradikal sei. Die Verwaltung soll beauftragt werden, die Thematik zu beobachten und den Kreis beauftragen, jährlich einen Bericht über in Radevormwald verübte Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund vorzulegen.

Herr Ronsdorf wirft Herrn Ullmann Übersensibilisierung hinsichtlich rechtsradikaler Äußerungen und deren Tolerierung am Theodor-Heuss-Gymnasium vor. Außerdem äußert er den Vorwurf, dass der Antrag nicht auch linksradikale oder islamistische Aktivitäten einschließt.

Herr Haselhoff stellt einen Antrag auf Ende der Debatte.

Herr Ebbinghaus ist der Meinung, dass im Rat auch abweichende Meinungen zugelassen werden müssen und es nicht üblich werden darf, nach zwei Redebeiträgen das Ende der Debatte zu fordern.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Haselhoff auf Ende der Debatte:

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen	(16 CDU, 6 FDP, 6 UWG)
16 Nein-Stimmen	(10 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung	(Bürgermeister)

Sodann wird über den Antrag von Herrn Ullmann abgestimmt, wobei der Bürgermeister darauf hinweist, dass die Gemeinde der Kreisverwaltung keine Aufträge erteilen kann.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen	(3 AL, 1 fraktionslos)
33 Nein-Stimmen	(16 CDU 2 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
8 Enthaltungen	(SPD)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

5. Neustrukturierung der Grundschulstandorte

Frau Pizzato nimmt wegen Befangenheit nicht an Beratung und Abstimmung teil.

Der Bürgermeister führt aus, dass die vorbereitenden Gespräche zu diesem Thema ohne Beschlussvorschlag für den Rat im Ausschuss für Schule und Kultur stattgefunden haben.

Frau Butz erläutert den Vorschlag der Verwaltung, die Grundschule Blumenstraße zu schließen. Sie führt die Auswirkungen des demographischen Wandels aufgrund der vorliegenden Geburtenzahlen an. Auch wirtschaftliche Gründe waren ausschlaggebend für die Erarbeitung des Verwaltungsvorschlags, dabei spielte nicht zuletzt der schlechte bauliche Zustand des Schulgebäudes in der Blumenstraße eine Rolle.

Frau Butz geht auf den Fragenkatalog der AL-Fraktion ein; sie verweist u.a. auf den Schulentwicklungsplan und führt aus, dass nach Schließung der Grundschule Blumenstraße selbst

bei Veränderungen im Schulsystem in Radevormwald genügend Schulraum zur Verfügung steht.

Frau Butz erläutert, dass selbst bei Erschließung von Neubaugebieten in der Vergangenheit keine Zunahme der Schülerzahlen zu verzeichnen war.

Sie betont, dass für das Schulgebäude derzeit kein der Verwaltung bekannter Kaufinteressent vorhanden sei.

Frau Gottlieb geht aus Sicht der Bauverwaltung auf den Beschlussvorschlag ein. Sie erläutert den unflexiblen Grundriss des Schulgebäudes Blumenstraße und verweist auf den hohen Sanierungsbedarf.

Sie erläutert, dass die brandschutztechnischen Maßnahmen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben durchgeführt werden müssen; Arbeiten in diesem Bereich über das notwendige Maß hinaus finden nicht statt.

Herr Haselhoff geht auf den demographischen Wandel ein, erklärt, dass zukünftiger Schülerstand in Radevormwald absehbar ist, und ist der Meinung, dass nunmehr gehandelt werden muss. Er ist der Meinung, dass ein Nichthandeln eine Flucht vor der Verantwortung sei, die von der UWG-Fraktion abgelehnt wird.

Auch in diesem sensiblen Bereich sind langfristig Einsparungen erforderlich.

Nach Auffassung der UWG-Fraktion haben die Grundschulstandorte Wupper, Bergerhof und Carl-Diem-Straße dauerhaften Bestand; zur Disposition stehen die Standorte Blumenstraße und Lindenbaum. Der Sanierungsstau beim Gebäude Blumenstraße ist letztendlich ausschlaggebend, andere Faktoren spielen eine nur untergeordnete Bedeutung.

Herr Haselhoff bemängelt den schlechten Dialog zwischen der Verwaltung und den betroffenen Eltern.

Laut Herrn Haselhoff kann die Prüfung hinsichtlich der Schließung von Schulstandorten nicht mit der Aufgabe eines Standortes enden; mittelfristig muss auch über die Schließung eines weiteren Standortes nachgedacht werden. Für die UWG-Fraktion stellt er den Standort Lindenbaumschule zur Diskussion.

Herr Haselhoff bietet für seine Fraktion einen Kompromiss an, nach dem der Antrag der UWG-Fraktion zurückgezogen wird und der Antrag der Verwaltung um folgenden Punkt 5. ergänzt:

„Darüber hinaus wird die zukünftige Grundschullandschaft an die Erfordernisse der demographischen Entwicklung – konkret: an die Entwicklung der zukünftigen Geburtsjahrgänge - angepasst. Sollten diese zur Notwendigkeit der Aufgabe eines weiteren Grundschulstandortes führen, so wird der Standort Lindenbaumschule auf seinen Fortbestand überprüft werden.“

Herr Ebbinghaus erklärt, dass seiner Meinung nach der Schulentwicklungsplan 2007 lediglich für das THG fortgeschrieben worden ist und daher für die Diskussion nicht hilfreich sei.

Er wirft Herrn Haselhoff vor, eine Schulschließung beschließen zu wollen, ohne dass die Geburtenzahl für das Jahr 2010 bekannt sei.

Frau Butz beantwortet die Frage von Herrn Müller, ob die immer weiter wachsende OGATA (Offene Ganztagschule) und der damit verbundene wachsende Raumbedarf berücksichtigt worden sei, dahingehend, dass die Grundschule Stadt immer für 3 Züge ausgelegt war und keine weiteren Züge bekommen wird. Das Gebäude der Grundschule Stadt hat genügend Räumlichkeiten, um gegebenenfalls eine zweite OGATA-Gruppe aufzunehmen.

Herr Stark erklärt, dass er die Begründungen der UWG-Fraktion nur schwer nachvollziehen kann.

Danach geht er auf die Begründung der Verwaltung ein. Die von dort vorgelegten Geburtenzahlen sehen so dramatisch aus, dass danach mittelfristig zwei Grundschulen geschlossen werden müssten. Er zieht die Richtigkeit der vorgelegten Geburtenzahlen in Zweifel; das Familienbüro habe öffentlich eine höhere Geburtenzahl bekannt gegeben, auch in der Vorausschau für die Kindergartenjahre sei man von höheren Geburtenzahlen ausgegangen.

Herr Stark fordert die Aufklärung der Differenzen.

Er geht auf den Sanierungsstau im Gebäude Blumenstraße ein und wirft der Verwaltung vor, diesen selbst verursacht zu haben. Außerdem weist er darauf hin, dass etliche Maßnahmen von den Eltern durchgeführt worden seien. Somit ist der von der Verwaltung ermittelte notwendige Gesamtaufwand seiner Meinung nach nicht zutreffend.

Herr Stark bemängelt, dass für die anderen Grundschulen der Stadt kein Sanierungsaufwand ermittelt worden sei, obwohl auch dort diverse Maßnahmen notwendig seien. Er verweist darauf, dass die Grundschule Blumenstraße die niedrigsten Unterhaltungsaufwendungen aufweist.

Herr Stark geht davon aus, dass nach den Landtagswahlen im Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen ein Regierungswechsel stattfinden wird, der einhergeht mit einer Änderung des Schulsystems. Diese Änderung wird Auswirkungen auch auf die Schulgebäude haben. Daher appelliert Herr Stark an den Rat der Stadt, die Entscheidung bis nach der Landtagswahl auszusetzen.

Herr Dr. Michalides bestätigt zwar den Rückgang der Geburtenzahlen, fordert aber, dass man bemüht sein müsse, dieser Entwicklung durch Erhalt von Einrichtungen für Kinder etwas entgegenzusetzen. Er betont das derzeit hervorragende Grundschulangebot in Radevormwald.

Herr Dr. Michalides unterstreicht den guten Ruf der Grundschule Blumenstraße, auch bei den Lehrern der weiterführenden Schulen.

Er geht davon aus, dass die Schließung der Schule letztendlich nicht zu Einsparungen im Haushalt führen wird und appelliert an den Rat, sich gegen die Schließung auszusprechen.

Er beantragt an dieser Stelle für die AL-Fraktion die namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Bartholomäus ist der Auffassung, dass die Zahlen der Verwaltung eindeutig sind; die zurückgehenden Schülerzahlen führen letztendlich zu dem Ergebnis, dass eine Schule geschlossen werden muss. Nach ihrer Meinung steigt durch die Schließung einer Schule und die Zuteilung der frei werdenden Lehrer an die anderen Schulen die Qualität dieser Einrichtungen.

Frau Bartholomäus äußert Bedenken hinsichtlich der von der UWG-Fraktion vorgeschlagenen Erweiterung des Verwaltungsantrages.

Herr Rüggeberg wirft der AL-Fraktion die zu kurzfristige Einreichung des umfangreichen Fragenkataloges vor.

Er hält Herrn Stark vor, dass dieser bis vor Kurzem ebenfalls noch zwei Schulen schließen wollte. Herrn Dr. Michalides hält er entgegen, dass nicht die Quantität, sondern die Qualität entscheidend ist.

Herr Rüggeberg hofft, dass die Beliebtheit der Grundschule Blumenstraße nicht am Gebäude, sondern an der Lehrerschaft liegt und ist der Meinung, dass gute Lehrer in jeder Schule gute Ergebnisse erzielen.

Aus finanziellen Gründen wird sich die FDP-Fraktion für die Schließung der Grundschule Blumenstraße entscheiden.

Frau Ebbinghaus sieht keinen Grund zur Schließung einer Grundschule. Nach ihrer Einschätzung sind die Schülerzahlen bis 2015/2016 ausreichend für eine Zweizügigkeit in allen Grundschulen der Innenstadt. Des Weiteren sind die Geburtenzahlen der kommenden Jahre derzeit nicht abzusehen.

Frau Ebbinghaus ist der Meinung, dass die Umsetzung eines integrativen Konzeptes in der Blumenstraße entgegen der Aussagen von Frau Butz möglich sei.

Sie bemängelt die Ausgaben für ihrer Meinung nach unnötige Projekte, während andererseits über die Schließung einer Grundschule diskutiert wird.

Frau Bartholomäus erklärt, dass sie den Eindruck gewonnen hat, dass der Verwaltung die Vorlage falscher Zahlen vorgeworfen wird und bittet um Aufklärung.

Frau Butz stellt klar, dass die in der Vorlage genannten Zahlen zutreffend sind. Auch der Bürgermeister hat keine Zweifel an der Richtigkeit der Zahlen des Einwohnermeldeamtes.

Herr Ebbinghaus bezieht sich auf einen Presseartikel vom März 2009, der andere Zahlen als die von der Verwaltung genannten enthält. Nach seiner Meinung sind die Geburtenzahlen des Jahres 2009 nicht relevant, sondern die der Vorjahre. Er wirft der Verwaltung Polemisierung mit falschen Zahlen vor; außerdem erhebt er den Vorwurf, dass die Verwaltung mit den gleichen Vorlagen wie im Jahre 2003 arbeitet.

Herr Dr. Michalides erklärt, dass eine Versetzung der Lehrer zu anderen Schulen, wie von Herrn Rüggeberg angesprochen, nicht problemlos möglich ist, da an einer Schule in einem Team gearbeitet wird und eine Schulschließung zu einer Zerstörung dieses Teams führt.

Zunächst wird über den Antrag von Herrn Stark auf Aussetzung der Entscheidung bis nach dem 9. Mai 2010 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen (10 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos)
 29 Nein-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister,)
 2 Enthaltungen (proNRW)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann erfolgt die namentliche Abstimmung zu folgendem Beschlussentwurf:

1. Der Rat beschließt, die GGS Blumenstraße zum Ende des Schuljahres 2012/2013 aufzulösen und den Schulstandort aufzugeben.
2. Die GGS Blumenstraße nimmt letztmalig zum Schuljahr 2011/2012 Kinder in die 1. Klasse auf.
3. Nach Beendigung des Schuljahres 2012/2013 wechseln die verbleibenden Klassen von der GGS Blumenstraße an die GGS Stadt.
4. Ab dem Schuljahr 2013/2014 verbleiben als Grundschulstandorte die GGS Stadt, die KGS Lindenbaum, die GGS Bergerhof und die GGS Wupper. Bei weiterem Schülerrückgang an der GGS Wupper oder bei personeller Veränderung in der Schulleitung wird diese Schule – unter Beibehaltung des Schulstandortes – ggf. als Verbundschule mit der GGS Bergerhof geführt. Die Verwaltung wird beauftragt, hierüber zum gegebenen Zeitpunkt Gespräche mit der zuständigen Schulbehörde zu führen.
5. Darüber hinaus wird die zukünftige Grundschullandschaft an die Erfordernisse der demographischen Entwicklung – konkret: an die Entwicklung der zukünftigen Geburtsjahrgänge - angepasst. Sollten diese zur Notwendigkeit der Aufgabe eines weiteren Grundschulstandortes führen, so wird der Standort Lindenbaumschule auf seinen Fortbestand überprüft werden.

Der Bürgermeister ruft die Ratsmitglieder namentlich zur Abgabe ihrer Stimme auf.

Bartholomäus:	Ja	Bleichert:	Ja
Brand:	Ja	Busch:	Ja
Ebbinghaus, P.:	Nein	Ebbinghaus, R.:	Nein
Enneper:	Ja	Fischer:	Ja
Graß:	Nein	Grüterich:	Nein

Haselhoff:	Ja	Hoffmann:	Ja
Jung:	Ja	Klee:	Nein
Kötter:	Nein	Krapp:	Ja
Lorenz:	Ja	Lunderstädt:	Ja
Dr. Michalides:	Nein	Müller:	Nein
Nahrgang:	Nein	Nowara:	Ja
Plasberg-Keidel:	Ja	Dr. Rieger:	Nein
Röhlig:	Ja	Ronsdorf:	Nein
Rüggeberg:	Ja	Schäfer:	Ja
Schlüter, C.:	Ja	Schlüter, S.:	Ja
Schröder:	Ja	Schulte:	Ja
Stark:	Nein	Steinmüller:	Ja
Tissarek:	Ja	Uellenberg:	Ja
Ullmann:	Nein	Verhees:	Nein
Viebach:	Ja	Vogt:	Nein
Weber:	Nein	Dr. Weber:	Ja
Weiss:	Ja	Dr. Korsten:	Ja

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
16 Nein-Stimmen (10 SPD, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)

6. Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)

Nach einleitenden Worten des Bürgermeisters fasst Herr Meskendahl den Sachverhalt noch einmal zusammen.

Er berichtet von der Bitte der Kommunalaufsicht auf Überprüfung des Verteilungsschlüssels zwischen dem Schmutz- und dem Niederschlagswasser.

Nach Gesprächen der Verwaltung mit dem Wupperverband und anderen Institutionen wurde der nun vorliegende Maßstab als rechtssicher, also gerichtsfest, erarbeitet.

Er betont, dass die Verwaltung nach wie vor die Auffassung vertritt, dass der bisherige Maßstab durchaus richtig sei, im Interesse der Vorgaben der Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Entlastung des städtischen Haushaltes sowie der Einhaltung eines gerichtsfesten Nachweises des Maßstabs aber eine Verteilung von 83 % (Schmutzwasser) : 17 % (Regenwasser) möglich wäre. Dieser Maßstab entlastet die Stadt Radevormwald als größter Gebührenzahler um 83.000 €, führt andererseits aber auch zu einer höheren Belastung der „normalen“ Grundstückseigentümer.

Herr Meskendahl betont, dass die rückwirkende Veranlagung ab 2007, der kalkulatorische Zins in Höhe von 6 % und auch die Abschreibung vom Wiederbeschaffungszeitwert gemäß der Kommunalaufsicht nicht nur rechtens ist, sondern in Anbetracht der Haushaltssituation sogar von dieser gefordert wird.

Er erläutert die Änderung in der Kalkulation anhand von Zahlen für das Jahr 2010.

Herr Müller bemängelt, dass die nunmehr vorliegende Kalkulation seiner Meinung nach auf Intervention eines Radevormwalder Unternehmens zustande gekommen sei und hält die nun vorliegende Lösung als nicht gerecht für den normalen Gebührenzahler.

Herr Meskendahl betont erneut, dass die Neuberechnung keine Idee der Verwaltung sei; dort ist man weiterhin der Auffassung, dass der 60/40-Maßstab der richtige sei. Dieser Maßstab lässt sich jedoch nicht gerichtsfest nachweisen. Er führt weiterhin aus, dass auch bei An-

wendung des 83/17-Maßstabs die Stadt Radevormwald bei der Gebührenhöhe für den normalen Gebührenzahler im Vergleich mit umliegenden Städten sehr gut dasteht.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Müller erläutert der Bürgermeister erneut den Begriff der „Gerichtsfestigkeit“ und das Vorgehen der Kommunalaufsicht.

Herr Viebach führt aus, dass die Thematik bereits mehrfach im Hauptausschuss beraten worden ist. Er erklärt, dass die Entscheidung des Rates rechtssicher angelegt sein muss; die Frage der Gerechtigkeit spielt leider eine untergeordnete Rolle.

Der Rat der Stadt beschließt die anliegende Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung).

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
11 Nein-Stimmen (10 SPD, 1 fraktionslos)

Die Sitzung wird von 17.45 Uhr bis 17.55 Uhr unterbrochen.

7. Haushalt 2010; Haushaltssicherungskonzept 2010 - 2013

Haushaltsbegleitantrag der FDP-Fraktion

Der Bürgermeister erläutert, dass die entsprechenden Punkte des Antrages bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses besprochen worden und dort der Verwaltung jeweils Prüfaufträge erteilt worden sind. Herr Rüggeberg führt die einzelnen Punkte des Antrages auf.

Der Bürgermeister erklärt, dass zu allen anderen Punkten des FDP-Antrages die entspr. Aufträge zur Abarbeitung innerhalb der Verwaltung bereits erteilt worden sind.

Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010 - Fortbildungsangebot für die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung Radevormwald -

Der Bürgermeister sagt zu, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über das Fortbildungsangebot bei der Stadtverwaltung zu berichten.

Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010 - Beiträge an Versicherungen -

Auch hier sagt der Bürgermeister zu, bis zur Sitzung des Hauptausschusses im Herbst 2010 einen Bericht über die Prüfung der Versicherungsverträge bei der Stadt Radevormwald vorzulegen.

Auf Nachfrage von Herrn Stark, ob die Verwaltung die abgeschlossenen Versicherungsverträge selber auf Wirtschaftlichkeit überprüft hat oder ob es dazu einer Überprüfung des

Rechnungsprüfungsamtes bedarf, erklärt Herr Dr. Korsten, dass solche Überprüfungen durch die Verwaltung laufend erfolgen.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
- Zuschuss Kulturkreis -**

An Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt nehmen Herr Dr. Weber und Herr Viebach nicht teil.

Herr Busch erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Er erklärt, dass eine Kürzung des Zuschusses an den Kulturkreis von 26 % diesen vor große Probleme stellen würde.

Auf Nachfrage von Herrn Rüggeberg erläutert der Bürgermeister die Berechnung, die zu dem Einsparungsvorschlag der Verwaltung geführt hat.

Herr Ebbinghaus signalisiert Zustimmung der AL-Fraktion zu dem Antrag, macht dies jedoch – da sich der Antrag auf das Haushaltsjahr 2011 bezieht - vom Haushaltsplan 2011 abhängig. Sollten sich danach andere Prioritäten ergeben, wäre eine Revision der Entscheidung denkbar.

Herr Enneper befürchtet, dass aufgrund der Kürzung der Mittel die zu erwartende notwendige Preiserhöhung zur Abwanderung von Besuchern des Kulturkreises in Großstädte führen wird.

Der Rat beschließt, den Zuschuss der Stadt Radevormwald an den Kulturkreis ab 2011 - entgegen der Verwaltungsvorlage – von 33.750 € lediglich auf 28.000 € (statt auf 25.000 €) zu senken.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen (14 CDU, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
23 Nein-Stimmen (10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
- Produktbereich 1.02.15, Projekt-Nr. 541200/Zuschuss Freiwillige Feuerwehr – Fort- und Ausbildungsmaßnahmen (Fitnessangebot) -**

Herr Viebach erklärt, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag zurück zieht, da zwischenzeitlich eine Lösung gefunden worden ist, die den städtischen Haushalt nicht belastet.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
- Zukunft des Jugendamtes der Stadt Radevormwald -**

Der Bürgermeister erklärt, dass derzeit bereits ein Vergleich zwischen den kommunalen Jugendämtern im Oberbergischen Kreis und dem Kreisjugendamt durchgeführt wird. Radevormwald hat sich dieser Überprüfung angeschlossen. Frau Ebbinghaus sieht im hiesigen Jugendamt ein Qualitätsmerkmal der Stadt Radevormwald.

Herr Viebach macht deutlich, dass der Antrag keinerlei Wertung oder Vorentscheidung darstellen soll.

Herr Ullmann bittet um Abstimmung über den Antrag.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, welche Kostenersparnis eine Abwicklung des Jugendamtes durch den Oberbergischen Kreis mit sich bringt. In diesem Zusammenhang ist auch die Leistungserbringung in einen Vergleich zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
 1 Nein-Stimme (fraktionslos)
 3 Enthaltungen (AL)

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
 - Vergabe von Ingenieurverträgen -**

Herr Viebach stellt klar, dass sich der Antrag hinsichtlich der Neuabschlüsse von Ingenieurverträgen grundsätzlich auf neue Projekte bezieht, um bestehende Projekte nicht zu gefährden.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus macht Frau Gottlieb deutlich, dass unter den Begriff Ingenieurverträge Verträge nach HOAI fallen; somit fällt darunter auch der angesprochene Vertrag mit dem Büro Meyer-Brandis in Sachen „Integriertes Handlungskonzept Innenstadt“.

Die Verwaltung sagt zu, entsprechend zu verfahren und die beantragte Übersicht bis zum nächsten Hauptausschuss zusammen zu stellen.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
 - Instandsetzung von Straßen / Kosten für den Winterdienst -**

Herr Dr. Korsten erklärt, dass der Haushalt bereits entspr. geändert worden ist; damit ist der Antrag erledigt.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
 - Produktbereich 1.01.18: Erwerb/Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen/Gerät für den Baubetriebshof (2010 – 2013);
 Produktbereich 1.12.06: Erwerb Streuer für Unimog (2012)**

Der Bürgermeister erklärt, dass bei der Verwaltung natürlich alternative Beschaffungsmöglichkeiten für diese Fahrzeuge untersucht werden.

Herr Müller und Herr Stark bezweifeln die Notwendigkeit des Antrages, wenn davon auszugehen ist, dass die Verwaltung bei jeder Beschaffung dieser Art die aktuellen Gegebenheiten wie Änderungen von Zinssätzen beachtet und sich um die jeweils wirtschaftlichste Beschaffungsmöglichkeit bemüht.

**Haushaltsbegleitantrag der CDU-Fraktion v. 25.02.2010
 - Produktbereich 1.01.18, Projekt-Nr. 5.000106; Neubau eines Salzsilos -**

Herr Viebach erläutert den Antrag und bittet die Verwaltung, einen Vorschlag zu einer kostengünstigeren Lösung zur Salzlagerung anstelle des geplanten Neubaus eines Salzsilos vorzulegen.

Frau Gottlieb geht auf die ausführlichen Beratungen in dieser Sache im Bauausschuss ein und erläutert die Vor- und Nachteile des Salzsilos.

Sie stellt klar, dass ein Salzsilo eine Optimierung durch kürzere Reaktionszeiten darstellen würde; außerdem gilt ein solches Silo als materialschonender. Die Betriebs- und abläufe des Betriebshofes würden verbessert.

Sie erläutert auch, dass der Neubau nicht die wirtschaftlichste Lösung darstellen würde, und erklärt, dass auf Grund des Beschlusses des Bauausschuss aus Februar 2009 auf Neubau bisher keine Planungen bzgl. einer Sanierung erstellt worden seien. Die Kosten für eine Sanierung der bestehenden Salzhalle können daher nur mehr geschätzt werden und belaufen sich nach ihrer Einschätzung auf ca. 60.000 €.

Herr Meskendahl schlägt vor, zunächst nur einen Sperrvermerk vorzunehmen, und erläutert, dass sich im Falle einer Investition eine Abschreibung positiv auf die Gebühren auswirken kann; eine Sanierung müsste in einem Jahr über den Ergebnisplan abgewickelt werden.

Herr Müller erkennt Vorteile in einem Neubau. Bei einem Neubau würde der Frontlader nicht mehr zur Beladung der Lkw mit Salz gebunden und könnte zur Schneeräumung eingesetzt werden. Er bittet um Verschiebung einer Entscheidung und um Neuberatung des Themas im Bauausschuss.

Herr Müller sieht Nachteile bei einem Neubau, u.a. die geringere Lagerkapazität. Aufgrund der hohen Salzpreise während des vergangenen harten Winters sieht er die Gefahr, den durch einen Neubau gewonnenen Komfort durch den Zukauf von Salz zu höheren Preisen teuer erkaufen zu müssen.

Herr Rüggeberg ist der Meinung, dass ein Neubau lediglich Komfortverbesserungen erbringt, die bei der derzeitigen Haushaltslage nicht leistbar ist.

Er stellt für die FDP-Fraktion den Antrag, das Salzsilo nicht zu bauen und stattdessen Haushaltsmittel für die Sanierung der Salzhalle zur Verfügung zu stellen.

Auf Antrag von Frau Grüterich wird die Sitzung um 18.30 Uhr bis 18.35 Uhr unterbrochen.

Die Frage von Herrn Krapp, ob ein für die Instandsetzung der Salzhalle notwendiger Betrag im Haushalt über mehrere Jahre gestreckt werden kann, wird von Herrn Meskendahl verneint.

Der Rat der Stadt beschließt, statt der geplanten 200.000 € für den Neubau eines Salzsilos, einen Betrag in Höhe von 60.000 € für die Sanierung der bestehenden Salzhalle in den Haushalt 2010 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	41 Ja-Stimmen	(16 CDU, 7 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
	1 Nein-Stimme	(Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(SPD)

Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion v. 14.03.2010 - Produkt 1.01.18 (Betriebshof) -

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag. Er erklärt, dass in dem Antrag versehentlich eine Zahl nicht vorhanden war. Es geht um die übrigen geplanten Investitionen 2011 beim Betriebshof. Herr Ebbinghaus stellt die Frage, ob diese Investitionen tatsächlich in 2011 notwendig sind und nicht stattdessen teilweise auf die Jahre 2012 und 2013 verteilt werden können, wobei die Festlegung der Höhe der Verschiebungen sowie die Festsetzung der Prioritäten der Verwaltung obliegt.

Herr Viebach bittet darum, den Antrag zu konkretisieren, woraufhin Herr Ebbinghaus entgegnet, dass die AL-Fraktion der Verwaltung nicht konkret vorschreiben will, an welcher Stelle Verschiebungen vorgenommen werden sollen.

Herr Meskendahl erläutert, dass im Bereich der Investitionen beim Betriebshof nach der Erstellung des Haushaltsentwurfes im Rahmen der Haushaltsklausur der Verwaltung bereits erhebliche Streichungen vorgenommen worden sind; die nun verbliebenen Investitionen sind unabdingbar und zwingend erforderlich.

Der Bürgermeister bittet Herrn Ebbinghaus, den Antrag der AL-Fraktion zu konkretisieren, was dieser aber ablehnt.

Der Rat beschließt, dass die Investitionen für den Betriebshof aus dem Jahre 2011 durch die Verwaltung annähernd gleichmäßig auf die nächsten drei Jahre zu verteilen sind.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen	(AL)
34 Nein-Stimme	(16 CDU, 2 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
8 Enthaltungen	(SPD)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Haushaltsbegleit Antrag der AL-Fraktion v. 14.03.2010
- Produkt 1.09.01 (Sanierungsmaßnahme Industriegelände Wülfing) -**

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag, wonach für die vorgesehenen Investitionen ein Sperrvermerk bis zur Vorlage eines schlüssigen Sanierungs- und Vermarktungskonzeptes sowie eine städtebauliche Vereinbarung mit dem Miteigentümer vorgelegt worden ist.

Frau Gottlieb entgegnet, dass zum Einen seit Langem ein städtebaulicher Vertrag mit den Miteigentümern (*Anmerkung der Verwaltung: mit Datum vom 14.07.1999 unterzeichnet*), zum Anderen ein Betriebs- und Trägerkonzept sowie ein Integriertes Handlungskonzept, die Fördergrundlage sind und nach denen somit gehandelt werden muss. Sie führt weiterhin aus, dass mit Ratsbeschluss und anschließender Mittelfreigabe durch die Kommunalaufsicht mit dem Ausbau der 1. gewerblichen Etage begonnen werden kann – ein Mietinteressent ist vorhanden - , so dass mit Abschluss des Ausbaus die ersten Einnahmen erzielt werden können.

Herr Ebbinghaus bittet um Prüfung des Zeitpunktes des Abschlusses des städtebaulichen Vertrages und des entspr. Ratsbeschlusses.

Daraufhin zieht Herr Ebbinghaus den Antrag zurück.

Herr Ebbinghaus stellt folgenden Antrag:

Alle Haushaltstitel, die ihren Ursprung im so genannten „Integrierten Innenstadtkonzept“ haben, sind aus dem Haushalt zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen	(3 AL, 1 fraktionslos)
39 Nein-Stimmen	(16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
2 Enthaltungen	(proNRW)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion v. 13.03.2010

Herr Stark erläutert, dass sich der Antrag zwischenzeitlich inhaltlich geändert hat und nun nur noch den Appell an den Bürgermeister enthält, sowohl auf die bereits ausgesprochenen betriebsbedingten Kündigungen zu verzichten als auch zukünftig betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Verwaltung grundsätzlich bemüht, auf solche betriebsbedingten Kündigungen zu verzichten, jedoch ist dies nur in den Fällen möglich, in denen für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alternative Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Herr Schäfer äußert sein Bedauern über die ausgesprochenen Kündigungen, ist jedoch der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, dass der Rat sich grundsätzlich gegen betriebsbedingte Kündigungen ausspricht und verweist auf die Vielzahl der betriebsbedingten Kündigungen im ehemaligen „aquafun“. Die CDU-Fraktion hält es für bedenklich, wenn über die Bediensteten der Stadt Radevormwald ein Schutzschirm ausgebreitet wird.

Herr Ullmann ist der Meinung, dass der Rat der Stadt diesen Schutzschirm doch über die städtischen Bediensteten ausspannen kann und somit auch sollte. Er bemängelt die in seinen Augen unverbindliche Formulierung des SPD-Antrages und fordert, diesen zu konkretisieren.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass sich die AL-Fraktion zwar einen Schutzschirm zwar für die engere Verwaltung, nicht aber für die verbundenen Unternehmen vorstellen kann.

Herr Rüggeberg vermisst die Auseinandersetzung des Antragstellers mit den resultierenden Konsequenzen und erwartet das Einschreiten der Kommunalaufsicht, sofern betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne entspr. Bedarf bei der Verwaltung eingesetzt würden.

Herr Stark fordert namentliche Abstimmung.

Herr Viebach beantragt geheime Abstimmung.

Der Rat der Stadt spricht sich dafür aus, dass der Bürgermeister auf die vorgesehenen betriebsbedingten Kündigungen verzichtet. Im Rahmen dieses Appells und seiner arbeitsmarktpolitischen und sozialen Verantwortung sollte der Bürgermeister auch bei künftigen Rationalisierungsmaßnahmen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung suchen. Der Bürgermeister wird aufgefordert, entsprechend zu verfahren.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
31 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgen die Haushaltsreden.

Herr Viebach führt aus, dass der finanzielle Rahmen der Stadt schon seit Längerem sehr klein sei, momentan aber so prekär wie nie zuvor. Er weist darauf hin, dass in keinem Bereich eine sofortige und nachhaltige Entschuldung möglich sei.

Die Kritik des Bürgermeisters an der Erhöhung der Kreisumlage weist er mit Hinweis auf den Vermögensverzehr des Kreishaushaltes zurück. Nach seiner Meinung nutzt auch der Land-

rat alle Möglichkeiten zur Entlastung der Kommunen; ohne den Kreis stünde der städtische Haushalt deutlich schlechter da.

Herr Viebach erklärt, dass sich die CDU trotz der schwierigen Lage für die kostenlose Nutzung der städtischen Gebäude für örtliche Vereine und Einrichtungen einsetzen wird. Auch ist sie gegen eine Erhöhung der Hebesätze.

Entscheidend für die Zukunft der Stadt ist nach seiner Meinung die Ansiedlung weiterer Arbeitsplätze; er fordert daher die persönliche Unterstützung der Wirtschaftsförderung durch den Bürgermeister.

Er fordert die Verwaltung auf, den Schulstandort Radevormwald zu stärken, um dem demographischen Wandel entgegen zu wirken und in einen Wettbewerb mit den umliegenden Städten zu treten.

Nach Meinung der CDU-Fraktion müssen künftig Standards hinterfragt werden und Alternativen gesucht werden.

Herr Viebach führt an, dass der Arbeitsaufwand der Verwaltungsmitarbeiter stetig steigt und fordert vom Bürgermeister, die Mitarbeiter zu fördern und zu motivieren.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen erwartet Herr Viebach intensive Gespräche der Verwaltung mit der Kommunalaufsicht

Als weitere Ziele führt er die Förderung des Ehrenamts und die Erhaltung der Kinderspielplätze in Radevormwald an und fordert die kritische Auseinandersetzung mit der Frage nach der Größe von Neubaugebieten.

Bei der Verabschiedung des Haushaltes geht es nach seiner Meinung darum, den letzten Spielraum zu nutzen, damit Radevormwald lebens- und liebenswert bleibt.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, jedoch wird mehr Engagement der Verwaltung erwartet.

Herr Stark geht auf die Versagung der Genehmigung des Haushalts durch die Aufsichtsbehörde ein und auf die damit verbundene Tatsache, dass der Haushalt der Stadt dem Nothaushaltsrecht unterliegt.

Er verweist auf die Zuweisung von Aufgaben durch Bund und Land an die Kommunen sowie auf die Weltwirtschaftskrise und die damit verbundenen finanziellen Belastungen und fordert eine strukturelle Reform der Gemeindefinanzen.

Nach Meinung von Herrn Stark hat jedoch auch die Kommune die Pflicht, ihre Haushaltswirtschaft den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Der Verbrauch der Rücklagen und das stark reduzierte Eigenkapital machen lt. Herrn Stark ein sofortiges Handeln erforderlich.

Die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung sind Herrn Stark nicht ernsthaft genug. Als Beispiele dafür führt er die Streichung der Betriebs- und Geschäftsausgaben einer Grundschule und die Reduzierung der Maßnahmen des Wasserquintetts an.

Er erwartet ganzheitliche Konzepte zur Anpassung des Haushalts an die Gegebenheiten .

Die SPD-Fraktion erwartet im Fall einer Verabschiedung des Haushalts noch in diesem Jahr gravierende Haushaltsverbesserungsvorschläge der Verwaltung, die im Rahmen eines Nachtragshaushalts auf den Weg gebracht werden müssen.

Abschließend erklärt Herr Stark, dass die SPD-Fraktion die vorliegende Haushaltssatzung 2010 und das Haushaltssicherungskonzept 2010-2013 nicht mittragen kann.

Für die FDP-Fraktion macht Herr Rüggeberg am Beispiel eines Familienhaushaltes die finanzielle Situation der Stadt deutlich. Er ist der Auffassung, dass die Stadt Radevormwald hinsichtlich ihrer finanziellen Situation am Abgrund steht, und fordert verantwortungsvolles Handeln durch Beschränkung auf das Wichtigste und Notwendigste sowie die Abschaffung der Klientelpolitik auch auf die Gefahr hin, bestimmte Gruppen gegen sich aufzubringen.

Herr Rüggeberg fordert für die Zukunft, sich drei Eigenschaften zu eigen zu machen: Objektivität, Mut und Verantwortungsbewusstsein.

Herr Haselhoff fordert, dass man sich auf das Notwendigste konzentrieren muss angesichts der hohen Verschuldung von fast 63 Millionen €. Er befürchtet den Verbrauch der Eigenreserven und eine damit drohende Insolvenz.

Er geht auf den demographischen Wandel und dessen Auswirkung auf den Finanzbereich ein.

Er prangert an, dass Fehler bei den Projekten Wülfing und life-ness sich ebenfalls negativ auswirken und den Spielraum bei den freiwilligen Leistungen einengen.

Herr Haselhoff geht auf die Tatsache ein, dass Bund und Land den Kommunen immer mehr nicht gegenfinanzierte Leistungen übertragen und appelliert an die Vertreter von CDU, SPD und FPD, ihren Einfluss auf Bundes- und Landespolitiker geltend zu machen.

Er zeigt zwei Möglichkeiten auf, auf die desolante Situation zu reagieren, einerseits die Anhebung der Gebühren, andererseits das Sparen. Jedoch sollte nicht halbherzig, sondern richtig gespart werden.

Herr Haselhoff fordert von der Verwaltung weiterreichende Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation und von den Politikern, mit dem Haushalt der Stadt wie mit dem eigenen Geld umzugehen.

Für die Zukunft erwartet Herr Haselhoff ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept ohne teure Gutachter.

Er bedankt sich bei den Herren Fenske und Meskendahl für die geleistete Arbeit und erklärt die Zustimmung der UWG-Fraktion zum Haushalt.

Herr Ebbinghaus kann im vorgelegten Haushalt kein Sparziel und kein Sparkonzept erkennen. Er erklärt, dass die AL-Fraktion der vorgelegten Haushaltssatzung nicht zustimmen kann.

Er begründet dies damit, dass man sich einerseits den „Lupenraum Uelfebad“ leistet, andererseits die Sanierung und Unterhaltung einer Schule nicht möglich ist und Vorschläge des Innenstadtkonzeptes umgesetzt werden, ohne dass diese vom Rat der Stadt gebilligt worden seien.

Herr Ebbinghaus bemängelt, dass die Ausstattung von Schulen mit modernen Kommunikations- und Unterrichtstechniken und die Umsetzung des Medienkonzeptes nicht möglich sei, während für weniger wichtige Dinge teure Gutachten eingeholt werden.

Er führt aus, dass der vorliegende Haushalt einen Abfluss für das life-ness von mindestens 1,3 Millionen € pro Jahr erleidet; des Weiteren wird der Umsatz des life-ness zu fast 50 % ebenfalls aus dem Haushalt finanziert.

Herr Ebbinghaus appelliert an Herrn Rüggeberg, nicht weiter in das life-ness zu investieren.

Er führt aus, dass die Sauna täglich 50-60 Besucher mehr haben müsste, wenn diese 10 % ihres Verlustes erbringen soll.

Er appelliert an den Bürgermeister und Herrn Rüggeberg, das life-ness zu schließen und die Einrichtung zu verkaufen.

Herr Ebbinghaus erklärt, man habe den Eindruck, es mit einer kopf- und führungslosen Verwaltung zu tun zu haben.

Herr Ullmann teilt im weitesten Sinne die Einschätzung der SPD- und der AL-Fraktion; er bemängelt, dass die Sparmassnahmen inkonsequent angegangen worden sind und an den falschen Stellen gespart wurde, die seiner Meinung nach in vielen Fällen die Lebensqualität betreffen.

Die Fraktion der proNRW verzichtet auf eine Haushaltsrede.

Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung 2010 und das Haushaltssicherungskonzept 2010 – 2013 auf der Basis des Haushaltsentwurfes 2010 – 2013 mit den Änderungen der Verwaltungsvorlage des Ergebnis- und Finanzplanes vom 02.03.2010 und den Ergän-

zungen aus den Tagesordnungspunkten 6 und 7 sowie die Prioritätenliste 2010 im Stand vom 02.03.2010.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen (16 CDU, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
14 Nein-Stimmen (10 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos)

Herr Ebbinghaus bittet den Bürgermeister um Anfechtung des Beschlusses, da er der Meinung ist, dass er mit Rechtsmängeln behaftet ist, da der Rat keine Gelegenheit hatte, den Wirtschaftsplan des life-ness einzusehen.

Die Sitzung wird von 19.55 Uhr bis 20.05 Uhr unterbrochen und nach der Pause von Herrn Enneper geleitet. Herr Dr. Korsten verlässt die Sitzung aus gesundheitlichen Gründen.

8. Bebauungsplan Nr. 96 – Loh´sche Weide hier: erneuter Satzungsbeschluss

Herr Enneper erläutert den Sachverhalt, der bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beraten worden ist.

Frau Ebbinghaus bemängelt, dass kein ökologisches Konzept für das Baugebiet vorliegt.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW,)
4 Enthaltungen (3 AL, 1 fraktionslos)

11. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gem. § 22 GemHVO

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die AL-Fraktion den Beschluss nicht mittragen wird, wenn über die einzelnen Maßnahmen nicht in jedem Einzelfall abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (16 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG)
6 Nein-Stimmen (3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)

12. Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien

Auf entspr. Nachfrage von Herrn Ebbinghaus teilt Frau Butz mit, dass im Jugendhilfeausschuss nur die vorgeschriebenen Verbände, nicht jedoch die Fraktionen, eigene Vorschläge machen können und gibt weitere Erläuterungen zu der Thematik.

Der Rat der Stadt wählt folgende Personen für den Jugendhilfeausschuss:
Rainer Klausung sowie Christian Schoppe als beratende Mitglieder;
Stellvertreter für Herrn Schoppe wird Stefan Friedrich;

Florian Düssel als Vertreter für Rebecca Irmer;
Eberhard Wolff (kath. Kirchengemeinde) als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schule und Kultur.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Für die SPD-Fraktion stellt Frau Grüterich den Antrag auf folgende Neu- bzw. Umbesetzung in Ausschüssen:

- Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr: Heide Nahrgang für Jörg Schuschke
- Ausschuss für Soziales Sport und Tourismus: Gunda Schaub als Vertreterin
- Jugendhilfeausschuss: Gudrun Weber als pers. Vertreterin für Annette Verhees, Jörg Schusche für Sigrid Augst-Hedderich, Jan Klee als pers. Vertreter für Jörg Schuschke

Abstimmungsergebnis einstimmig

Der Rat der Stadt wählt auf Antrag der AL-Fraktion Christopher Ebbinghaus als persönlichen Vertreter in den Aufsichtsrat Stadtwerke.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Auf entsprechende Vorschläge der Fraktionen wählt der Rat der Stadt folgende Vertreter in den Integrationsrat

UWG:	Sebastian Hetzel	Vertreter: Armin Barg
AL:	Salem Al-Khatib	Vertreter: Michaela Strukmeier
CDU:	Harald Weiß	Vertreter: N.N.
SPD:	Thomas Klee	Vertreter: Margot Grüterich
FDP:	Luciano Porcu	Vertreter: Siegfried Reise
proNRW:	Alexander Vogt	Vertreter: Lisa Leonardt

Abstimmungsergebnis einstimmig

Der Rat beschließt, die vom Seniorenbeirat vorgeschlagenen Personen als beratende Mitglieder in die bezeichneten Ausschüsse zu wählen:

Ausschuss für Eigenbetriebe:	Ernst Halbach
Ausschuss für Schule und Kultur:	Vertreter: Gerhard Konrad Irmgard Lunderstädt
Ausschuss für Soziales Sport und Tourismus:	Vertreter: Inge Zieschang Gerhard Werner
Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr	Vertreter: Wolf-Rainer Winterhagen Heidi Werner
Bauausschuss	Vertreter: Bärbel Lippelt Bärbel Lippelt Vertreter: Manfred Seiferth

Abstimmungsergebnis einstimmig

13. Über-/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Auf Nachfrage von Herr Ebbinghaus erläutert Herr Meskendahl die Abweichungen beim Ansatz der Energiekosten bei den verschiedenen Schulen.

Herr Ullmann bittet um Erläuterungen zu Produkt-Nr. 1.06.01.01.03. Herr Meskendahl erklärt, dass die Mehrausgaben mit zusätzlichen Kosten bei der Betreuung von Tageskindern zusammen hängt .

Auf eine entspr. Nachfrage von Frau Ebbinghaus sichert die Verwaltung zu, genauere Erläuterungen hierzu dem Protokoll beizufügen.

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

14. Mitteilungen und Fragen

- a) Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus teilt Frau Gottlieb mit, dass die Baumaßnahme Wupperbrücke Dahlerau voraussichtlich zwei Wochen nach Ostern abgeschlossen sein wird.
- b) Herr Ullmann erkundigt sich nach eventuell durch den langen und harten Winter anfallenden Mehrkosten für die unter a) gen. Baumaßnahme. Frau Gottlieb erklärt, dass sich das Projekt derzeit im Finanzierungsrahmen bewegt.
- c) Herr Schäfer erkundigt sich nach dem Stand der Baumaßnahme Turnhalle Wupper. Frau Gottlieb führt aus, dass ein mündlicher Sachstandsbericht in der letzten Bauausschusssitzung gegeben wurde, der somit der Niederschrift zu entnehmen ist.